

Antrag vom 01.09.2004, NR 1500

Betreff:

Schaffung von zusätzlichen "Arbeitsgelegenheiten" in Frankfurt am Main

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für neue „Arbeitsgelegenheiten“ im Rahmen von Hartz IV zu erstellen. Hierbei soll bei den so Beschäftigten auf ein einheitliches Auftreten, Bündelung der Schulungsmaßnahmen und Betreuung zu achten sein.

Begründung:

Die neue Arbeitsgemeinschaft, die ab 1. Januar 2005 für die Betreuung der Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) zuständig sein wird, benötigt dann zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für ihre Klienten. Diese Beschäftigungen müssen zusätzliche Arbeiten sein. Das bedeutet, dass sie sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würden.

Außerdem müssen die Arbeiten dem allgemeinen Wohl und nicht privaten erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen, also gemeinnützig sein. In den Bereichen der Kranken- und Altenpflege und anderer sozialer Dienste werden die Sozialverbände diesen Bedarf melden. Für die Bereiche Sicherheit, Sauberkeit und Stadtbildpflege muss der Bedarf vom Magistrat definiert werden. Die möglichen Aufgaben sind vielfältig. So könnten Bezieher von ALG II zu Ansprechpartnern geschult werden, die an zentralen Orten der Stadt der Orientierung, Sauberkeit und Sicherheit dienen. Auf Spielplätzen, die stark genutzt werden, wie den Waldspielparks, könnten sie neben einfachen Hilfestellungen, Vorhaltung von Erste Hilfematerial, den Verleih von Tischtennis- oder Minigolfschlägern und –bällen erledigen. Mit einer einheitlichen Kleidung versehen, könnten, ähnlich dem früheren Präventionshelferprojekt, die Bezieher von ALG II zahlreiche zusätzliche Aufgaben übernehmen und das Sicherheitsgefühl in Frankfurt stärken.

Statt freiwillige Polizeihelfer, deren Bezeichnung die Möglichkeit zur Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols nur vorgaukelt, auf die Straße zu schicken, sollte das Geld für die beschriebenen anderen Beschäftigungsmöglichkeiten ausgegeben werden.

Der Magistrat möge für die vielen unterschiedlichen Aufgabenbereiche ein Konzept erarbeiten, das ein einheitliches Auftreten ermöglicht. Die Wiedererkennbarkeit und häufige Präsenz im Stadtbild könnte das Image von Frankfurt fördern. Daher müssen Umweltdezernat, das Dezernat für Sicherheit und alle anderen sich auf eine gemeinsame Linie festlegen. Eine Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden bei Konzeption und Einsatz der zusätzlichen „Arbeitsgelegenheiten“ ist anzustreben.

Antragstellende Fraktion:

SPD

Antragsteller/innen:

Stadtv. Tarkan Akman

Stadtv. Gregor Amann

Stadtv. Rudi Baumgärtner

Stadtv. Ursula Busch

Stadtv. Brigitte Enzmann
Stadtv. Peter Manuel Feldmann
Stadtv. Anna Latsch
Stadtv. Elke Sautner
Stadtv. Turgut Yüksel

Vertraulichkeit: Nein

Zuständige Ausschüsse:

Ausschuss für Jugend, Soziales, Seniorinnen und Senioren

Zuständige sonstige Gremien:

KAV

Versandpaket: 08.09.2004